

PETER LONGERICH

DER BEGINN DES HOLOCAUST IN DEN EINGEGLIEDERTEN POLNISCHEN GEBIETEN

ÜBERLEGUNGEN ZU TENDENZEN DER NEUEREN FORSCHUNG*

Die Holocaustforschung der letzten Jahre zeichnet sich aus durch eine verwirrende Fülle unterschiedlicher Perspektiven und Themen. Um unser Thema – die Ermordung der Juden in den vom Reich unmittelbar okkupierten Gebieten Polens – in einen historiographischen Kontext zu stellen, scheint es sinnvoll zu sein, auf zwei in der letzten Zeit stark beachtete Tendenzen der Holocaustforschung etwas näher einzugehen und sie zu problematisieren: Zum einen der Trend zur Regionalisierung der Forschung – Stichwort Zentrum und Peripherie – und zum anderen der Trend zur Erschließung neuer thematischer Zugänge zur Erklärung des Holocaust.

Zentrum und Peripherie

Der Beginn des Holocaust in den verschiedenen Gebieten Polens muss als Teil einer umfassenderen Entwicklung gesehen werden. Wir sollten uns vor Augen halten, dass zwischen Frühjahr 1941 und Sommer 1942 die NS-Führung schrittweise dazu überging, zunächst existierende allgemeine und langfristige Vorstellungen über die physische Vernichtung der Juden in ein konkretes, systematisches Massenmordprogramm umzusetzen. Die erste Phase in diesem stufenförmigen Prozess begann bekanntlich in der Sowjetunion. Die Analyse der Ausweitung der Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung in den sowjetischen Gebieten im Sommer und Herbst 1941 ist für unseren Zusammenhang höchst aufschlussreich, ja unerlässlich.¹

* Überarbeitete Fassung des Auftaktvortrages zu der internationalen Konferenz „Die Judenvernichtung in den in das Dritte Reich eingegliederten polnischen Gebieten während des Zweiten Weltkriegs“ (Kattowitz, 15.-17.9.2005).

¹ Zur Entwicklung des Holocaust in den besetzten Gebieten der Sowjetunion siehe: Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, hg. v. PETER KLEIN, Berlin 1997; CHRISTIAN

Wie wir wissen, wurden die Morde in den sowjetischen Gebieten in mehreren Wellen ausgedehnt. Zu diesem Zweck erhielten die Mordkommandos zunächst allgemein gehaltene Befehle, Ermächtigungen, die der Initiative und Intuition der Einheitsführer sehr viel Spielraum ließen. Fasssten sie diese Anweisungen falsch auf, verfügte die SS-Führung über entsprechende Möglichkeiten, nachzusteuern, etwa durch Inspektionsreisen oder personalpolitische Maßnahmen. Aufgrund dieser besonderen Befehlstechnik geschah die Ausdehnung der Morde in den verschiedenen sowjetischen Gebieten nicht gleichzeitig und uniform, sondern es vergingen Wochen oder gar Monate, bis alle Mordkommandos die jeweils nächste Schwelle überschritten hatten. Trotz dieser Unterschiede ist ein durchgehendes Verhaltensmuster deutlich zu erkennen.²

Dieses Modell einer engen, aber durchaus vielgestaltigen Interaktion zwischen Zentrum und Peripherie lässt sich für eine Analyse des Beginns des Holocaust im gesamten deutsch besetzten Europa nutzbar machen. Zwischen Herbst 1941 und Frühjahr 1942 begannen die deutschen Behörden in verschiedenen Besatzungsgebieten damit, Massenmorde an Juden vorzubereiten oder bereits durchzuführen. Umfang, Methoden und zeitlicher Rahmen dieser Mordaktionen bzw. Mordpläne waren durchaus unterschiedlich. Erst im Sommer 1942 setzte die SS-Führung die gesamte, nun ganz Europa umfassende Mordmaschinerie einheitlich in Gang.

Die Ausdehnung der Morde über die Sowjetunion hinaus betraf zunächst vor allem vier polnische Regionen, die Distrikte Galizien und Lublin sowie die eingegliederten Gebiete Warthegau und Oberschlesien. Ich will und kann hier nicht auf die Einzelheiten der Entscheidungsbildung und Fragen der Historiographie in den einzelnen Regionen eingehen, sondern ich möchte lediglich hervorheben, dass die entsprechenden Forschungsarbeiten

GERLACH, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941–1944, Hamburg 1999; ANDREJ ANGRICK, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003; NORBERT KUNZ, Die Krim unter deutscher Herrschaft 1941–1944. Germanisierungsutopie und Besatzungsrealität, Darmstadt 2005; CHRISTOPHER R. BROWNING, Die Entfesselung der Endlösung. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag v. JÜRGEN MATTHÄUS, Berlin 2006; ANDREJ ANGRICK/ PETER KLEIN, Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944, Darmstadt 2006; WOLFGANG CURILLA, Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland, Paderborn 2006.

² KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Die Türöffner der „Endlösung“. Zur Genesis des Genozids, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, hg. v. GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 2000, S. 437–463; JÜRGEN MATTHÄUS, Controlled Escalation. Himmler’s Men in the Summer of 1941 and the Holocaust in the Occupied Soviet Territories, in: HGS 2(2007), S. 351–365; PETER LONGERICH, Heinrich Himmler. Biographie, München 2008, S. 543–558.

sehr stark die Initiative aus den einzelnen Regionen bzw. – soweit es sich um das Generalgouvernement (GG) insgesamt handelt – die Initiative der dortigen so genannten Regierung betonen.³ Danach lassen sich insbesondere zwei Zeiträume bestimmen, in denen in diesen Regionen auf dem Gebiet der Judenverfolgung geradezu fieberhafte Aktivitäten einsetzten.

Einmal der Zeitraum September bis November 1941: Wie bekannt, dehnte die Sicherheitspolizei in Galizien ihre Mordaktionen auf die gesamte jüdische Bevölkerung aus – der Zusammenhang mit der Entwicklung in der Sowjetunion ist offensichtlich – während der SS- und Polizeiführer in Lublin, Odilo Globocnik, vermutlich die Initiative ergriff, um ein stationäres Vernichtungslager zu bauen, Reichsstatthalter Arthur Greiser im Warthegau sich die Genehmigung erteilen ließ, zum Ausgleich für die Aufnahme von Juden und Zigeunern aus dem Reich 100.000 nicht arbeitsfähige einheimische Juden zu ermorden, und der Chef des Zwangsarbeiterprogramms in Oberschlesien, SS-Oberführer Albrecht Schmelt, damit begann, die nicht mehr arbeitsfähigen Juden aus seinen Lagern zur Liquidation nach Auschwitz zu schicken.⁴ Parallel zu den Ereignissen im GG und im Warthegau setzte im Oktober 1941 ein weiterer regionaler Massenmord ein: die systematische Ermordung der jüdischen Männer in Serbien unter dem Vorwand der Geiselerschießung durch Verbände der Wehrmacht.⁵

Eine zweite Phase verdichteter Aktivitäten liegt zwischen März und Mai 1942. Ich meine damit den Beginn der Deportationen aus den Distrikten

³ DIETER POHL, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt/M. u. a. 1993; DERS.: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944, München 1996; THOMAS SANDKÜHLER, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996; BOGDAN MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999; JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945, Darmstadt 2007; MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006; SYBILLE STEINBACHER, „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000; DIETER SCHENK, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000. Zu den Vorfällen des Holocaust im besetzten Polen bis Sommer 1941 siehe: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004; JOCHEN BÖHLER, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt/M. 2006.

⁴ BOGDAN MUSIAL, Ursprünge der „Aktion Reinhardt“. Planung des Massenmordes an den Juden im Generalgouvernement, in: „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. DERS., Osnabrück 2004, S. 49–85; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 3), S. 400–407; STEINBACHER, „Musterstadt“ (Anm. 3), S. 276 f.

⁵ WALTER MANOSCHEK, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1995.

Lublin und Galizien in das inzwischen fertig gestellte Vernichtungslager Belzec, während im Mai 1942 das Prinzip der Selektion nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen (unter diese Kategorie fielen in der Regel auch Mütter mit Kindern) auf die gesamte jüdische Bevölkerung in Ostoberschlesien angewandt wurde, die man entweder in die Schmelz-Lager oder nach Auschwitz-Birkenau deportierte. Die Ermordung der aus dem Reich nach Lodz deportierten Juden im Mai markiert wiederum die Radikalisierung der Entwicklung im Warthegau.⁶ Als weiteres Beispiel für Initiativen aus der Peripherie ließe sich Frankreich anführen, wo die Militärverwaltung im Herbst 1941 dazu überging, als Vergeltung für die Anschläge des Widerstandes künftig keine Geiseln mehr zu erschießen, sondern Juden und Kommunisten nach Osten zu deportieren. Wiederum beginnend im März, dann verstärkt seit Juni 1942, wurden diese Deportationen dann durchgeführt.⁷ Auch die verschiedenen Initiativen deutscher Gauleiter im Herbst 1941, die aus verschiedenen Gründen massiv darauf drängten, ihre Städte judenfrei zu machen,⁸ passen in dieses Schema, ebenso wie die Wiederaufnahme der Deportationen aus dem Reich im März 1942.⁹

Liest man nun die entsprechenden regionalen Arbeiten kritisch, so wird man feststellen, dass der eigentliche Entscheidungsgang zur Endlösung in keinem Fall präzise anhand von Dokumenten rekonstruiert werden kann.

⁶ POHL, „Judenpolitik“ (Anm. 3), S. 113–123; DERS., Judenverfolgung (Anm. 3), S. 179–198, STEINBACHER, „Musterstadt“ (Anm. 3), S. 275–278; CHRISTOPHER BROWNING, Der Entscheidungsprozess im Machtzentrum. Weichenstellungen für die „Endlösung“, in: DERS., Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter, Frankfurt/M. 2001, S. 82.

⁷ AHLRICH MEYER, Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000; SERGE KLARSFELD, Vichy – Auschwitz. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Darmstadt 2007.

⁸ KARL HÖFFKES, Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk, Tübingen 1997; CZESŁAW ŁUCZAK, Arthur Greiser. Hitlerowski władca w Wolnym Mieście Gdańskim i w Kraju Warty, Poznań 1997; STEPHANIE ZIBELL, Jakob Sprenger. NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hessen, Darmstadt u. a. 1999; SCHENK, Hitlers Mann (Anm. 3); TÖVİYYA FRIEDMAN, Die acht Nazi-Gauleiter Hitlers in Österreich 1938–1945, Haifa 2002; STEFFEN RASSLOFF, Fritz Sauckel. Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Sklavenhalter“, Erfurt 2007; RALF MEINDL, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007; THOMAS PODRANSKI, Gauleiter als regionale Politikakteure in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches. Das Beispiel der „Deutschen Volksliste“, in: Zeitschrift für Genozidforschung 2 (2008), S. 95–132; LOTHAR WETTSTEIN, Josef Bürckel. Gauleiter, Reichsstatthalter, Krisenmanager Adolf Hitlers, Norderstedt 2009; ARMIN FUHRER/ HEINZ SCHÖN, Erich Koch. Hitlers brauner Zar. Gauleiter von Ostpreußen und Reichskommissar der Ukraine, München 2010; CATHERINE EPSTEIN, Model Nazi. Arthur Greiser and the occupation of Western Poland, Oxford 2010.

⁹ BROWNING, Entscheidungsprozess (Anm. 6), S. 81.

Die These von der Initiative aus den Regionen ist also ein gutes Stück weit eine – auf sehr starke Indizien gestützte – Interpretation, die sich aus der Perspektive des regionalen Forschers ergibt. Sie passt in einen Forschungskontext, der schon seit etwa zwei bis drei Jahrzehnten die Involvierung der Funktionseliten in die antisemitische NS-Politik betont.¹⁰

Die Ingangsetzung des Holocaust in den verschiedenen Gebieten unter deutscher Herrschaft erscheint somit als ein komplizierter, keineswegs uniformer Prozess. Ausgangspunkt sind offensichtlich die Entwicklungen in der Zentrale im September/Oktober 1941, die aber wiederum im Kontext mit der Entwicklung in den besetzten sowjetischen Gebieten stehen.

Wesentlich ist, dass zur gleichen Zeit in verschiedenen Gebieten unter deutscher Kontrolle deutsche Dienststellen eine Reihe von Initiativen auslösten, die den Absichten der Zentrale entgegenkamen. Wenn auch Ausmaß, zeitlicher Ablauf und Methode der in den verschiedenen Gebieten eingeleiteten Massenmorde unterschiedlich waren, so ist doch offensichtlich, dass die regionalen Dienststellen gleichzeitig planvoll durchgeführte Vernichtungsprogramme in Gang setzten, um sich zunächst eines Teils der jüdischen Bevölkerung in ihrem Gebiet zu entledigen. Diese regionalen Mordprogramme können ganz offensichtlich nicht isoliert voneinander gesehen werden, als jeweils eigenständige Kampagnen, die primär durch die regionalen Autoritäten aufgrund eigener Initiativen begonnen wurden. Sie waren vielmehr Bestandteil einer übergeordneten und zentral gesteuerten Politik, die den ausführenden Organen in der Tat sehr große Handlungsspielräume ließ. Diese Einsicht ergibt sich meines Erachtens zwangsläufig, wenn man die in der neueren Literatur vorherrschende Mikro- und Mesoebene zu einem Gesamtbild zusammenfügt. Aus dieser Perspektive erscheinen die Eigeninitiativen untergeordneter Organe als Elemente eines letztlich doch zentral gesteuerten Systems.

¹⁰ Siehe etwa RUTH BETTINA BIRN, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986; HANS-JOACHIM HEUER, Geheime Staatspolizei. Über das Töten und die Tendenzen zur Entzivilisierung, Berlin 1995; JENS BANACH, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945, Paderborn 1998; ANDREAS HOFMANN, „Beseitigung des jüdischen Einflusses...“. Antisemitische Forschung, Eliten und Karrieren im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1999; MICHAEL WILDT, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002; ISABEL HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003; Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/TOBIAS JERSAK, Frankfurt/M. u. a. 2004; Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur, hg. v. RÜDIGER HACHTMANN/ WINFRIED SÜSS, Göttingen 2006; MARKUS ROTH, Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen: Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009.

Aus dem vorhandenen Material haben wir verschiedene Hinweise darauf, welche Methoden der Zentrale zur Verfügung standen, um die Vernichtungspolitik in den Regionen durchzusetzen: die Herbeiführung von „unmöglichen“ Situationen, die den regional Verantwortlichen radikalere „Lösungen“ abverlangten, ergänzt durch Hinweise, Appelle und direkte Interventionen, etwa anlässlich von Inspektionen vor Ort. Mit der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 und der darauf einsetzenden Planung für ein gesamteuropäisches Deportationsprogramm wurde dann der systematische Massenmord an den Juden in den übrigen europäischen Ländern eingeleitet.

Zur Frage der Motive der Täter: „Utilitäre“ Begründungen und nationalsozialistische Ideologie

Neben der Frage, von wo die Initiative für die Ausdehnung der Massenmorde ab Herbst 1941 ausging, soll uns hier zweitens das Problem beschäftigen, welche Motive hinter dieser Ausdehnung der Massenmorde standen. Die mit der Materie befassten Historiker haben eine ganze Fülle von Motiven ausgemacht, die die Bereitschaft der deutschen Dienststellen in den besetzten bzw. annexierten Gebieten erklären können, von sich aus die Massenmorde weiter eskalieren zu lassen: Die rassenideologisch aufgeladenen sozio-ökonomischen Planungen, die Politik der „Menschenumsetzung“ und „Germanisierung“, die Ernährungs- und Wohnungssituation, die Bekämpfung von Seuchen und Schwarzhandel, die Politik der Repressalien, das Motiv der „Vernichtung durch Arbeit“ oder der allgemeine Kriegsverlauf.¹¹ Deutlich geworden ist die Eigendynamik der Verhältnisse vor Ort,

¹¹ Siehe etwa GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995; UWE MAY, „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn u. a. 2002; CHRISTIAN GERLACH, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998; GERHARD BOTZ, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik, Wien, Salzburg 1975; WINFRIED SÜSS, Der „Volkskörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003; Repression und Kriegsverbrechen. Die Bekämpfung von Widerstands- und Partisanenbewegungen gegen die deutsche Besatzung in West- und Südeuropa, hg. v. GUUS MEERSHOEK/ AHLRICH MEYER, Berlin 1997; WOLF GRUNER, Jewish Forced Labor under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims 1938–1943/44, New York u. a. 2006; MICHAEL ALLEN THAD, The Business of Genocide. The SS, Slave Labour, and the Concentration Camps, Chapel Hill, NC, 2002; TOBIAS JERSAK, Die Interaktion von Kriegsverlauf und Judenvernichtung. Ein Blick auf Hitlers Strategie im Spätsommer 1941, in: Historische Zeitschrift 268/2 (1999), S. 311–374.

wo lokale und regionale Dienststellen, nachdem zunächst die versprochene Deportation, dann die Ghettoisierung scheiterte, nach radikaleren „Lösungen“ suchten. Weitere Motive lassen sich den Quellen entnehmen: Bekämpfung von „Plünderern“ oder schlicht und einfach die Aneignung jüdischen Besitzes – als Beispiel sei hier die um die Jahreswende 1941/42 durchgeführte „Pelzaktion“ (die Konfiszierung von Pelzwaren bei den im GG lebenden Juden für das deutsche Ostheer) genannt,¹² bei der in der Tat zahlreiche Juden erschossen wurden. Weiter ließe sich etwa die Absicht anführen, die Deportation der Juden aus Deutschland als Antwort auf die alliierten Luftangriffe zu beschleunigen,¹³ und anderes mehr.

Je mehr die Forschung sich regionalen und thematischen Aspekten des Holocaust zuwendet, desto mehr wächst die Tendenz, solche Motive der deutschen Seite herauszustellen, die sich auf eindeutige Nützlichkeits erwägungen zurückführen lassen. Natürlich wäre es möglich, diese utilitären Argumente zu einem Modell zusammenzufügen, in dem die Entscheidung zur Deportation und zur Ermordung der europäischen Juden als das Ergebnis einer Kumulation von unterschiedlichen Sachzwängen erschiene, in der sich die deutsche Seite in der zweiten Jahreshälfte 1941 befand.

Nun besteht aber die Gefahr, dass auf der Suche nach immer neuen Begründungen für den Massenmord – die sich natürlich in den Akten von zahlreichen Fach-Bürokratien finden lassen – der Komplex, der im allgemeinen als Rassenideologie des Nationalsozialismus bezeichnet wird, zu kurz kommt. Denn die Juden wurden ja nicht primär ermordet, weil man ihre Wohnungen und ihr Geld haben oder sie von der Ernährung ausschließen wollte.¹⁴ Wesentlich ist, dass die „Sachpolitik“ in hohem Maße ideologisch aufgeladen war, und dass die NS-Weltanschauung – wie jede Ideologie – der Machteroberung und dem Machterhalt in ganz praktischer Weise dienen musste.

¹² MŁYNARCZYK, Judenmord (Anm. 3), S. 139 f.

¹³ WOLF GRUNER, Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland 1938–1945. Neue Perspektiven und Dokumente, in: Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945, hg. v. BIRTHE KUNDRUS/ BEATE MEYER, Göttingen 2005, S. 48–51.

¹⁴ Zur Diskussion um die diesbezüglichen umstrittenen Thesen von GOTZ ALY, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005 siehe: JOHANNES PFOHL, Die Raubmord-Politik der Nationalsozialisten in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, Norderstedt 2007. Zum Raub jüdischen Vermögens im Dritten Reich siehe: MARTIN DEAN, Robbing the Jews. The confiscation of Jewish property in the Holocaust, 1933–1945, Cambridge 2008.

Zur Situation der Holocaust-Forschung nach der Aufgabe der großen Dichotomien

Die Struktur der Debatte in der Täterforschung ist in den letzten Jahren maßgeblich gekennzeichnet gewesen durch die Dominanz großer Dichotomien: Zur Genüge haben wir uns in der Vergangenheit beschäftigt mit dem Gegensatzpaar Intention versus Funktion bzw. mit der Frage, ob in der Entscheidungsbildung, die zum Holocaust führte, stärkeres Gewicht auf die Rolle des Diktators oder auf polykratische Strukturen gelegt werden sollte, und neuerdings befassen wir uns, wie ausgeführt, mit Debatten um Peripherie versus Zentrum bzw. um Ideologie versus Pragmatismus/Rationalität, und man könnte im Hinblick auf die Genesis der Endlösung ein weiteres Gegensatzpaar bilden aus einem dezisionistischen und einem evolutionären Modell.

Es ist keine Frage, dass solche teilweise sehr stark akzentuierten Gegenüberstellungen außerordentlich fruchtbar für die Forschungsdiskussion waren. Es scheint mir aber, dass wir nun in der Holocaustforschung an einen Punkt gekommen sind, wo solche dichotomischen Gegenüberstellungen aufgegeben werden müssen, da die so miteinander konfrontierten eindimensionalen Erklärungen offensichtlich der Komplexität unseres Forschungsgegenstandes – und unser Forschungsgegenstand ist der systematische Massenmord an den europäischen Juden – nicht gerecht werden können.

Je mehr sich die Forschung entfaltet und intensiviert, umso deutlicher wird, dass sich Gegensatzpaare wie Intention und Funktion oder Rationalität und Ideologie nicht ausschließen, sondern dass sie unterschiedliche Aspekte der historischen Wirklichkeit beleuchten und sich durchaus ergänzen, ja sich gegenseitig bedingen. Sie stehen also in einem dialektischen Verhältnis zueinander, das sich nur aufheben lässt, wenn man den Widerspruch als Ansatzpunkt betrachtet, übergeordnete Strukturen herauszuarbeiten. Begreift man ein Gegensatzpaar als dialektisch, so erscheint es als geradezu sinnlos, immer wieder zu versuchen, ein Element des Gegensatzes gegen das andere auszuspielen.

Auf unsere beiden Themen angewendet bedeutet dies, dass die Initiative der Täter in den einzelnen Regionen unabdingbarer Bestandteil einer zentral gesteuerten Politik war, die Führungsrolle des Zentrums aber erst durch den Wettbewerb der verschiedenen Funktionsträger gesichert wurde, während die „pragmatischen“ Begründungen der „Judenpolitik“ – Arisierung, Wohnraumbeschlagnahme, Ausbeutung von Arbeitskraft usw. – mit ideologischen Rechtfertigungsstrategien zur Deckung gebracht wurden, und die Ideologie wiederum aus den „Erfolgen“ dieser pragmatischen Vorgehensweise eine zusätzliche Absicherung erfuhr.

Ich habe vor einigen Jahren für diese übergeordnete Struktur den Begriff der „Judenpolitik“ vorgeschlagen,¹⁵ wobei der zugrunde gelegte Politikbegriff bewusst allgemein angelegt ist. Die wichtigsten Elemente dieses Begriffes sind:

- Die antisemitische Politik war für den Nationalsozialismus von zentraler Bedeutung, da sich nach dessen Überzeugung nur durch die Ausschließung, Ausgrenzung und Beseitigung der Juden die angestrebte Utopie einer rassisch homogenen Volksgemeinschaft herstellen ließ.
- Die „Judenpolitik“ bildete ein eigenes Politikfeld, das in Interaktion mit anderen Politikfeldern (Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik usw.) stand und diese zunehmend beeinflusste und überlagerte.
- Das Regime radikalierte die „Judenpolitik“ während des Krieges fortwährend, da sie aus der Sicht des Regimes als Schlüssel für die siegreiche Beendigung des Krieges galt.

Versteht man die Judenverfolgung als Politik, so sind die typischen Merkmale festzustellen, die wir auch aus anderen Politikfeldern kennen: Ideologische Begründung und weitgefasste, radikale Intentionen stehen neben taktischen Wendungen und Kompromissen.

Es musste unter den Akteuren ein minimaler Konsens hergestellt und permanent kommuniziert werden, um das Politikfeld am Leben zu erhalten, und es gibt das typische Gegeneinander von oben und unten, die Rivalität von einzelnen Funktionsträgern, wie sie für große Organisationen typisch sind.

Ob die Forschung sich mit diesem oder mit einem anderen übergeordneten Konzept anfreunden wird, bleibt abzuwarten. In jedem Fall scheinen mir, wenn die These von der Überlebtheit der großen Dichotomien richtig ist, folgende Kernprobleme für die mittelfristige Entwicklung der Forschung zu bestehen:

1.) Wenn wir das Modell aufgeben, wonach ein einzelner Entschluss den systematischen Mord an den europäischen Juden in Gang gesetzt hätte, wenn wir weiter die Vorstellung eines außer Kontrolle geratenen und von niemandem mehr gesteuerten kumulativen Radikalisierungsprozesses hinter uns lassen, dann wird zweierlei deutlich:

Erstens eröffnen sich neue Perspektiven auf die Jahre 1939 bis 1941, die nun als eine Phase erscheinen, in der das NS-Regime gegenüber den Juden bereits genozidale Projekte erwog, die als besonders sinister erscheinen, wenn man in Betracht zieht, dass das Regime gleichzeitig bereits rassistisch

¹⁵ PETER LONGERICH, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München, Zürich 1998.

motivierte Massenmordprogramme – gegen die polnische Bevölkerung und so genannte Erbkranken – durchführte.

Zweitens aber tritt dann deutlicher ins Bewusstsein, dass auch im Zeitraum ab Frühjahr 1942 das Leben von mehreren Millionen jüdischen Menschen von politischen Entscheidungen, von der weiteren Entwicklung der „Judenpolitik“ abhing: Große jüdische Gemeinschaften konnten überwiegend gerettet werden (wie in Frankreich, Italien, Dänemark, Alt-Rumänien oder Bulgarien) oder sie gingen unter, wie in Ungarn oder Griechenland; um das Schicksal der jüdischen Zwangsarbeiter, um ein weiteres Thema zu benennen, wurden gleichzeitig erbitterte Konflikte ausgetragen.

2.) Wenn wir nun den Vorschlägen des Autorenpaares Aly/ Gerlach¹⁶ und anderen folgen und neue thematische Zugänge für die Analyse der Judenverfolgung in Betracht ziehen, dann erscheint es notwendig, die „Judenpolitik“ systematisch mit den anderen zentralen Themenfeldern der deutschen Herrschaft auf dem europäischen Kontinent zu vernetzen, also vor allem mit der Bündnispolitik, der Politik europaweiter innerer Repression, mit den Themen Arbeit, Ernährung, Kriegsverlauf und -finanzierung. Es müsste aber deutlich werden, wie diese Themenfelder in einem rassistischen und antisemitischen Sinne umdefiniert wurden, es müsste gezeigt werden, wie das NS-System also den Versuch unternahm, noch während des Krieges die Grundlagen für ein rassistisches Imperium zu errichten, in dem die Ermordung der Juden zum kleinsten gemeinsamen Nenner der von Deutschland geführten Allianz wurde.

3.) Wenn wir die Judenverfolgung im Zeitraum 1942 bis 1945 mit der gleichen Intensität behandeln wie das Jahr 1941, und die unterschiedlichen Themen und die unterschiedlichen Regionen in ein Gesamtbild integrieren, dann sehen wir, dass die Durchführung der „Judenpolitik“ nicht nur auf Prioritätensetzungen der deutschen Führung zurückzuführen war, sondern in einem zunehmenden Maße abhängig war von dem Verhalten der deutschen Bündnispartner, der einheimischen Verwaltungen in den besetzten Gebieten und nicht zuletzt auch von der Einstellung der einheimischen Bevölkerung. Und es kommt ein weiterer, wichtiger Faktor hinzu: Die jüdische Seite, die im Jahre 1941 der Vorbereitung der Endlösung völlig unvorbereitet und ohnmächtig gegenüber stand, kommt ebenfalls in der zweiten Kriegshälfte zunehmend als ein Faktor ins Spiel, der die Vorgehensweise der Täter beeinflusst. Ich denke an die Stichworte Warnung,

¹⁶ CHRISTIAN GERLACH/ GÖTZ ALY, Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945, Stuttgart 2002.

Flucht, Verstecken und an Versuche, durch Bestechung und Verhandlung das Räderwerk der Vernichtung zumindest zu verlangsamen.

4.) Erst wenn wir alle diese Faktoren in unsere Analyse mit einbeziehen, können wir den Hintergrund rekonstruieren, der für die Entscheidungsbildung der deutschen Führung in der nun europaweiten „Judenpolitik“ – von Norwegen bis Griechenland, vom Baltikum bis nach Südfrankreich – relevant ist.

Die Rekonstruktion und Darstellung der europaweiten Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden ab Frühjahr 1942 ist eine weitaus größere und komplexere Aufgabe als die bisher stark im Vordergrund stehende Debatte zur „Genesis der Endlösung“, und sie wird sich nur durch enge Kooperation verschiedener nationaler und thematisch ausgerichteter Forschergruppen bewerkstelligen lassen. In einer neuen Phase der Forschung, in der die großen Dichotomien verblassen, erscheint es mir aber besonders wichtig zu betonen, dass:

- die weitere „Judenpolitik“ aus einer Kette fortgesetzter Entscheidungen bestand und nicht als „Durchführung“ einmal gefällter Beschlüsse zu sehen ist,
- die Judenverfolgung stets mit anderen Aspekten der deutschen Herrschaft verbunden war und somit in der Analyse mit diesen anderen Themenfelder vernetzt werden muss,
- die Rolle der verschiedenen Akteure und Gegenspieler in Deutschland sowie in den verbündeten und besetzten Gebieten angemessen berücksichtigt werden muss,
- dieses komplexe Bild in eine europaweite Perspektive integriert werden muss.